

AR

**Die neue
Volkspartei**

Rathausklub Wien

Beschluss(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen Mag. Caroline HUNGERLÄNDER und Sabine SCHWARZ, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2019 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

betreffend Neuauflistung der Integrationspolitik

Wien wartet bis heute auf ein „echtes“ **Integrationskonzept**, das von bestehenden Grundlagen, wie sie etwa auf Bundesebene vorliegen, abgeleitet wird. Erstens fehlt Wien ein ressort- und bereichsübergreifendes, grundlegendes Integrationskonzept. Abgesehen von „Willkommenskultur“ als Leitmotiv bietet das Regierungsübereinkommen wenig theoretische oder inhaltliche Anhaltspunkte, wie die Stadt Wien Integration begreift, welche Schwerpunkte – abgesehen von „Integration ab Tag eins“ – gesetzt werden.

Dabei ist, zweitens, nicht nur auf die Integration von unter das Integrationsgesetz 2017 fallenden Personen einzugehen, sondern in verstärktem Maße auf die **Integration von Migranten zweiter Generation**. Die wichtigsten Institutionen hierfür sind natürlich Kindergärten und Schulen, welche integraler Teil eines stimmigen Integrationskonzeptes sein müssen. Jedoch darf nicht übersehen werden, dass ein hoher Nachholbedarf auch bei Eltern besteht, welche die Integration ihrer Kinder maßgeblich beeinflussen. Eltern fassen den Entschluss, Kinder in islamische Kindergärten zu schicken oder an Kriegsspielen in Moscheen teilnehmen zu lassen.

Drittens stellt die **Förderung** von Integrationsmaßnahmen ein chaotisches Bild dar. Mangels inhaltlicher, ressortübergreifender Festlegung von Integrationsschwerpunkten folgen die geförderten Vereine keinem inhaltlichen Schwerpunkt, es wird noch immer nach dem „Gießkannenprinzip“ subventioniert – entscheidender Faktor dabei ist insbesondere die Nähe zum Rathaus (die gleichen Vereine werden seit Jahren subventioniert) und weniger der messbare Erfolg. Die Förderrichtung muss daher in Abstimmung mit dem Integrationskonzept definiert und laufende Qualitätskontrollen der Kurse und Prüfungen implementiert werden.

Es muss ein dringendes Umdenken in der Wiener Integrationspolitik geben. Wien braucht eine Neuordnung in der Integrationspolitik, die die aktuelle Herausforderung klar bekennt und zukunftsorientierte Lösungsansätze inkludiert.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

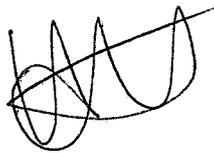
Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Neuordnung in der Wiener Integrationspolitik aus. Der zuständige amtsführende Stadtrat wird aufgefordert, in Absprache mit dem Bürgermeister sowie den anderen amtsführenden Stadträtinnen und Stadträte ein ressortübergreifendes Integrationskonzept zu erstellen. Dieses muss bestehende Probleme klar benennen und konkrete, messbare Maßnahmen sowie folgende grundsätzliche Punkte enthalten:

1. Abgehen vom Leitmotiv der „Willkommenskultur“ hinzu einem Leitmotiv „Integration durch Leistung“. Die Balance von Angeboten und Sanktionen muss wiederhergestellt werden. Wer Integration verweigert, muss mit Sanktionen rechnen.

2. Strategien, Maßnahmen und messbare Zielsetzungen zur Integration von Migranten zweiter und dritter Generation.
3. Ausrichtung der Fördervergabe an Vereine, die Integrationsmaßnahmen setzen, an konkrete Vorgaben und Zielsetzung und klare Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse. Diese Vorgaben und Zielsetzungen sollten ressortübergreifend gelten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.06.2019

A handwritten signature consisting of several overlapping loops and a horizontal line crossing through them.A handwritten signature in a cursive style, appearing to be the name 'Gözl'.